

Dashboard Friedenseinsätze 2024

Aktuelle Entwicklungen

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtpersonalstärke der Friedenseinsätze mit 135.000 in etwa konstant geblieben. Gesunken sind dabei die Zahlen des Militärs (119.800 auf 118.000), gestiegen ist dagegen die Anzahl der Polizei (8.700 auf 10.400) und – minimal – des Zivilpersonals (6.500 auf 6.550). Absehbar ist aber für das Jahr 2024 eine erhebliche Reduzierung aller Personalzahlen mit dem Ende der UN-Missionen in Mali und Sudan sowie der geplanten Verkleinerung der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo und des AU-Einsatzes in Somalia. Demgegenüber hat die EU im vergangenen Jahr vier neue – aber wesentlich kleinere – Missionen eröffnet, in Armenien, der Republik Moldau, am Golf von Guinea und Niger. Allerdings wird letztere und die länger bestehende EUCAP Sahel Niger im Laufe des Jahres voraussichtlich schließen.

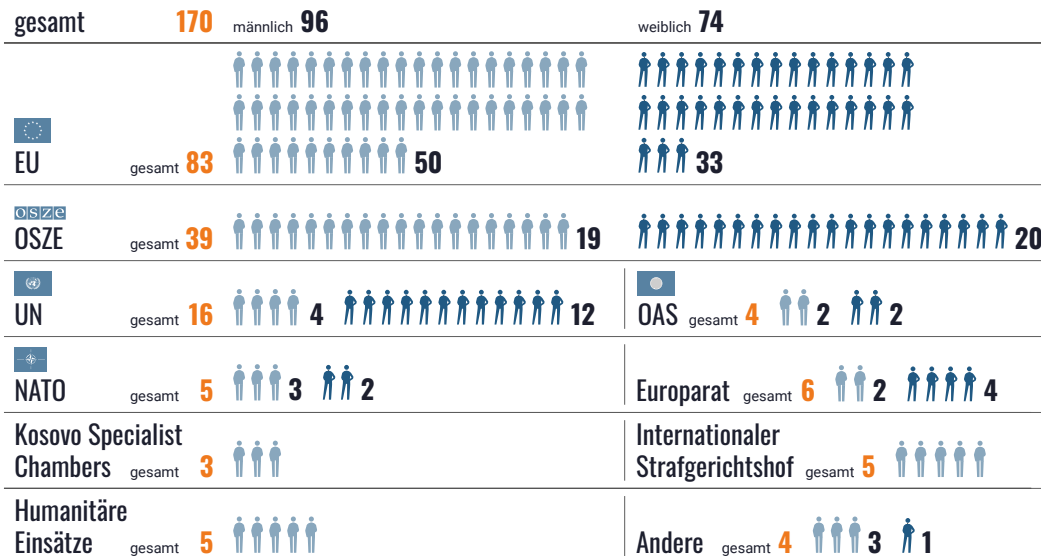
Die deutschen Beiträge entwickelten sich unterschiedlich. Durch den Abzug des starken Bundeswehrkontingents aus Mali Ende 2023 gab es einen deutlichen Rückgang

bei der Anzahl des Bundeswehrpersonals in Friedenseinsätzen. Die Zahl des zivilen Personals in UN- und EU-Missionen stieg aber an. Aktuell sind rund 170 zivile deutsche Expert:innen in Friedenseinsätzen, aber auch bei internationalen Organisationen in Hauptquartieren und im Feld sowie in humanitären Einsätzen beschäftigt (Stand: Januar 2024). Das sekundierte Personal verteilt sich hierbei auf insgesamt 39 Länder.

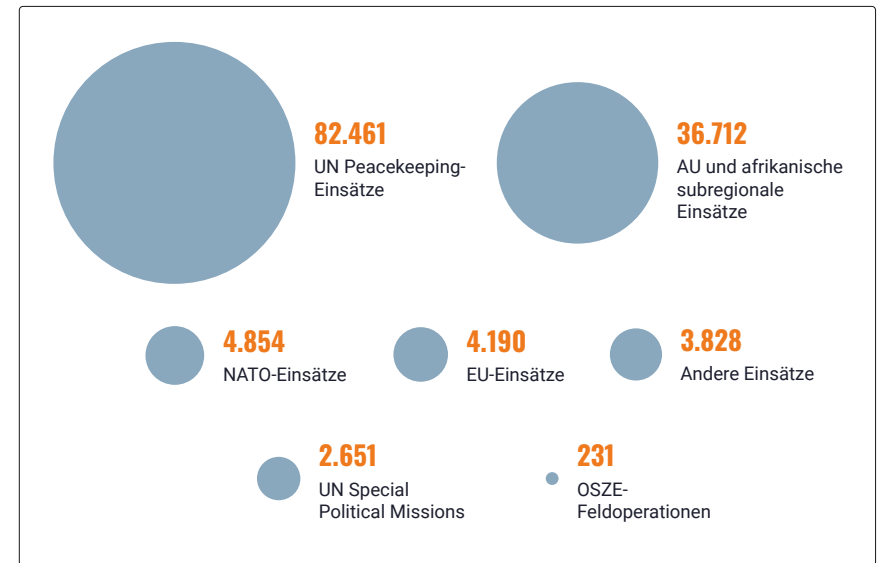
Drei weitere Fakten sind unverändert: (i) Nach wie vor ist die UN der mit Abstand größte Akteur, (ii) das Personal konzentriert sich weiterhin mehrheitlich in einer geringen Anzahl großer Missionen und (iii) Subsahara-Afrika bleibt die Region mit den umfangreichsten Einsätzen. Von den sechs Missionen mit einer Personalstärke von über ca. 10.000 sind fünf in dieser Region tätig (ATMIS/AU/Somalia; MINUSCA/UN/Zentralafrikanische Republik; MNJTF/Tschadsee; MONUSCO/UN/Demokratische Republik Kongo; UNMISS/UN/Südsudan). Die andere ist der UN-Einsatz in Libanon (UNIFIL).



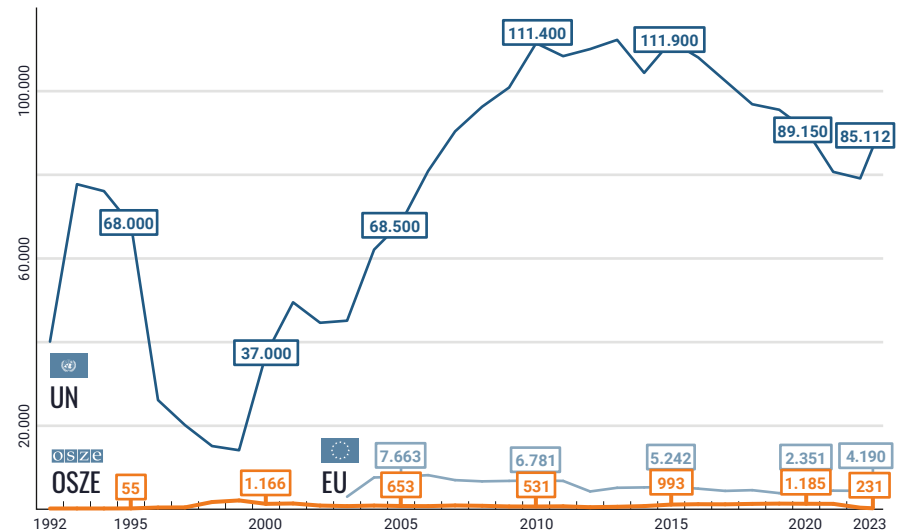
Zivile deutsche Sekundierte im Einsatz, in HQs und Institutionen



Personalstärke nach Organisation



Entwicklung der Personalzahlen in Friedenseinsätzen

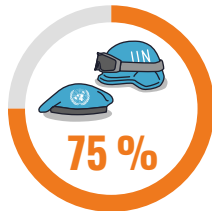


Aktuelle Entwicklungen

In internationalen Organisationen hat das Bewusstsein für die negativen Folgen von Mis- und Desinformation im Umfeld ihrer Friedenseinsätze in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Kampagnen externer und interner Akteure delegitimieren Einsätze, entziehen ihnen das Vertrauen der Bevölkerung, heizen bestehende Konflikte an und behindern die Mandatsumsetzung.

Gefährdung durch Mis- und Desinformation

In einer internen Umfrage der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2022 gaben 75 Prozent der UN-Peacekeeper an, dass Mis- und Desinformationen ihre Sicherheit beeinträchtigen.



Quelle: UN, Our Common Agenda, Policy Brief 8

Für die kommenden zwei Jahre stuft der *Global Risks Report 2024* des *World Economic Forum* Mis- und Desinformation erstmals weltweit als das größte kurzfristige Risiko ein. Zu den Ursachen für die prognostizierte Verschärfung der Situation gehört insbesondere der Einsatz von (generativer) Künstlicher Intelligenz (KI) bei der Produktion und Distribution gefälschter Inhalte. Der niedrige Zugang zu KI-basierten Verfahren zur Herstellung von Content hat die Eintrittsbarriere in den Desinformationsmarkt gesenkt. Gleichzeitig wird die zunehmend hohe Qualität dieser Fälschungen die Erkennung in Zukunft noch schwieriger machen. Trotz dieser Entwicklungen haben führende Social-Media-Unternehmen im vergangenen Jahr in ihrem Engagement in der Content-Regulierung nachgelassen.

Die Möglichkeit, ausgefeilte Desinformation in großem Maßstab und zu geringen Kosten einzusetzen, stärkt die Fähigkeiten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zur Einflussnahme in Einsatzländern – auch über Grenzen hinweg. Internationale Organisationen bauen daher ihre Kapazitäten in den Hauptquartieren und Missionen vor Ort aus.

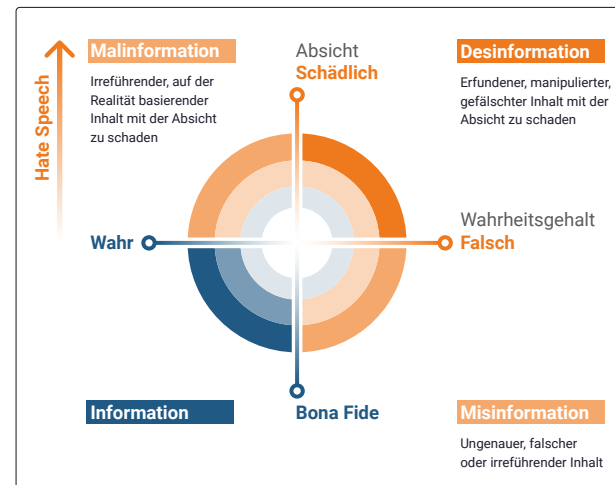
Ansätze internationaler Organisationen

Die Ansätze von UN, EU, NATO und OSZE ähneln sich und fokussieren im Wesentlichen darauf, (1) das Informationsumfeld zu beobachten und analysieren; (2) Gegenmaßnahmen wie Debunking oder proaktive strategische Kommunikation zu ergreifen; (3) die Resilienz von Einsätzen und Einsatzländern zu stärken sowie (4) mit nationalen und internationalen Partnern in der Bearbeitung zu kooperieren.

Bei der UN unterstützt seit 2022 ein für zwei Jahre eingerichteter Workstream die Einsätze unter anderem mit Training, Tools und Expertise. 2024 wird die Veröffentlichung einer übergeordneten Policy erwartet. Bei der EU setzt eine jüngst veröffentlichte FIMI (*Foreign Information Manipulation and Interference*) Toolbox den Handlungsrahmen auch für GSVP-Einsätze.

An der Schwelle zu einer möglicherweise „neuen Ära für Mis- und Desinformation“ (*EDMO 2023*) dürfen die aktuellen Anstrengungen von Friedenseinsätzen nicht davon ablenken, dass für eine zielgerichtete Antwort auf das Problem ein Multi-Stakeholder-Ansatz in verschiedenen Bereichen erforderlich ist. Dazu gehört auch ein globaler Ansatz zur Regulierung von Plattformen sowie von (generativer) KI. Hoffnungen werden hier in den *Global Digital Compact* gesetzt, der im Rahmen des *UN Summit for the Future* im September 2024 verabschiedet werden und Leitprinzipien für die Gestaltung der digitalen Zukunft im globalen Rahmen festlegen soll.

Einordnung von Mis- und Desinformation im Informationsumfeld



Quelle: DPO/DPET/Policy and Best Practices Service (übersetzt durch ZIF)

Hybride Bedrohungen – neue Mandatsaufgaben

Die im April 2023 mandatierte *EU Partnership Mission in the Republic of Moldova* (EUPM Moldova) ist die erste GSVP-Mission mit einem Mandat im Bereich hybride Bedrohungen und Cybersicherheit (*2023/855/GASP*). Die EU reagierte damit auf zunehmende Versuche Russlands, Moldau im Zuge des Krieges gegen die Ukraine durch hybride Aktionen zu destabilisieren. Cyber-Angriffe auf kritische Infrastruktur, Desinformationskampagnen oder illegale Parteienfinanzierung – wie zuletzt bei den Lokalwahlen am 5. November 2023 – üben massiven Druck auf die proeuropäische Regierung aus.



EUPM Moldova soll die Resilienz des moldauischen Sicherheitssektors in den Bereichen Krisenmanagement und hybride Bedrohungen mit Beratung, Training und Ausstattung stärken und konnte 2023 innerhalb kurzer Zeit wichtige Beiträge liefern: Sie unterstützte unter anderem die Entwicklung einer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) und Etablierung eines *Centre for Strategic Communications and Combatting Disinformation* (StratCom Centre). Im Vorfeld des geplanten Verfassungsreferendums zum EU-Beitritt und den gleichzeitig stattfindenden, möglicherweise richtungsentscheidenden Präsidentschaftswahlen im November 2024 wird erwartet, dass die hybride Kriegsführung an Intensität zunimmt. Die relativ kleine EU-Mission steht vor der Aufgabe, auf diese Herausforderung schnell und flexibel zu reagieren.

Missionen mit einem Mandat im Bereich MDH

Die Bekämpfung von Mis- und Desinformation (sowie *Hate Speech*) wird zunehmend wichtiger für Friedenseinsätze. Auch bei den UN sind Aspekte bereits in Mandate integriert:

Libanon: UNIFIL (RES 2695, 2023): „to monitor and to counter disinformation and misinformation that might hinder the mission’s ability to implement its mandate or threaten the safety and security of peacekeepers and to develop an annual strategy to counter disinformation and misinformation“

Südsudan: UNMISS (RES 2677, 2023), im Rahmen des Human Rights-Mandats: „to monitor, investigate and report on incidents of hate speech“

Demokratische Republik Kongo: MONUSCO (RES 2717, 2023), im Rahmen des POC-Mandats (Protection of Civilians): „to counter hate speech, misinformation and disinformation“